

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7492/>

05.01.18

Bulgarien: Auf dem Weg nach Rechts

Auszüge

Mit Hitlergruß

Minister und Ministerialbeamte, die den "Vereinigten Patrioten" angehören oder von ihnen ernannt wurden, haben mehrmals sogar NS-Symbolik offen zur Schau gestellt. Bereits am 17. Mai 2017 musste der stellvertretende Minister für Regionalentwicklung, Pawel Tenew, zurücktreten, als eine Aufnahme veröffentlicht wurde, die ihn im Pariser Musée Grévin vor der Wachsfigur eines Wehrmachtsoffiziers zeigte - den rechten Arm zum Hitlergruß erhoben (siehe Bild rechts). Kurz darauf wurde ein weiteres Foto bekannt, das den soeben ernannten Abteilungsleiter im bulgarischen Verteidigungsministerium Iwo Antonow gleichfalls mit Hitlergruß vor einem Wehrmachtspanzer zeigte ([german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com) berichtete am 09.10.17 [Bulgariens europäischer Weg](#)). Minister Karakatschanow, gerade von einem Treffen mit seinen EU-Amtskollegen in Brüssel heimgekehrt, weigerte sich, den Mann zu entlassen. Ende November wurde ein drittes Foto publiziert, das den neuen Leiter der staatlichen Agentur für Auslandsbulgaren, Petar Haralampiew, in einem T-Shirt mit der Aufschrift "Wehrmacht" und NS-ähnlichen Insignien zeigt (siehe Bild rechts). Haralampiew hat behauptet, es handle sich lediglich um ein T-Shirt der US-Thrash-Metal-Band "Wehrmacht" und habe keinerlei politische Bedeutung. Die Band streitet allerdings ab, jemals ein solches T-Shirt verbreitet zu haben. Haralampiew ist weiterhin im Amt.

Perspektive 2019

Dabei zeichnet sich die Rechtsverschiebung des politischen Spektrums auch im Machtzentrum der EU deutlich ab - in Deutschland, wo die AfD bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 mit 12,6 Prozent zur drittstärksten Kraft wurde. Wird sie gegenwärtig von den etablierten Parteien noch ausgegrenzt, weil sie das bisherige polit-ökonomische Erfolgsmodell des deutschen Establishments, die EU, in ihrer heutigen Form in Frage stellt, so muss dies nicht auf Dauer gelten. Darauf hat kürzlich ein Beitrag in der deutschen Wirtschaftspresse hingewiesen - möglicherweise mit Blick auf die Krise und das nicht mehr auszuschließende Scheitern der EU. Demnach ist eine engere Zusammenarbeit der Unionsparteien mit der AfD zwar kurzfristig sehr unwahrscheinlich; allerdings lasse sich nicht ausschließen, urteilt der Politikwissenschaftler Lothar Probst (Universität Bremen), dass etwa "im Sommer und Herbst 2019" nach den dann bevorstehenden Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern "einer der CDU-Landesverbände aus der bisherigen Strategie ausbricht und Kooperationen mit der AfD sucht". In einzelnen CDU-Landesverbänden, etwa in Sachsen-Anhalt, wurden entsprechende Vorstöße bereits gemacht.

Frage Dietrich Schulze:

Hierzulande gibt es immerhin Proteste gegen die AfD. Warum berichtet g-f-p.com nichts über die Proteste in Bulgarien? Zielstellung: Europäischer Weg »EU gegen Rechts«



Pawel Tenew, kurzzeitiger stellvertretender Minister für Regionalentwicklung der bulgarischen Regierung unter Ministerpräsident Bojko Borisow.



Petar Haralampiew, Leiter der staatlichen Agentur für Auslandsbulgaren in Sofia.